



**Schriftführerin:**

Frau Köthur, Heike, GB Steuerung und Service

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12. Januar 2011 / Feststellung der  
öffentlichen Tagesordnung
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
  - 3.1 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"  
Vorlage: 10/SVV/0920
  - 3.2 Haushaltsbegleitender Beschluss 2010 (H 3) - Weitere Optimierung des  
Schuldenmanagements  
Vorlage: 11/SVV/0024
  - 3.3 Haushaltskonsolidierung fortsetzen  
Vorlage: 10/SVV/0982
  - 3.4 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014  
Vorlage: 11/SVV/0037
  - 3.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 11/SVV/0025
  - 3.6 Kostenloses Schulessen  
Vorlage: 10/SVV/0778
  - 3.7 Essensversorgung  
Vorlage: 10/SVV/0829
  - 3.8 Ermäßigtes bzw. kostenfreies Schulessen für die sogenannte "Werkstufe" der  
Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt  
Vorlage: 10/SVV/0863
  - 3.9 Jugendförderung - Haushalt 2011  
Vorlage: 11/SVV/0027

- 3.10 Personalausstattung prüfen  
Vorlage: 10/SVV/0932
- 3.11 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011  
Vorlage: 11/SVV/0034
- 3.12 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012  
Vorlage: 11/SVV/0026
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Straßenausbaubeitragssatzung  
Vorlage: 10/SVV/0721
- 4.2 Sicherung des Autonomen Frauenzentrums  
Vorlage: 10/SVV/1029
- 4.3 Entwässerungsanlagen Lendelallee  
Vorlage: 10/SVV/1057
- 4.4 Gaslichtimitierende LED-Beleuchtung  
Vorlage: 11/SVV/0031
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Kümmel begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Anschließend bedankt sich Herr Schultheiß beim Ausschussvorsitzenden, beim Bürgermeister und Beigeordneten des Geschäftsbereiches 1, bei den Stadtverordneten, bei den Mitarbeitern der Verwaltung und der Presse für die bisherige gemeinsame Arbeit. Herr Schultheiß verabschiedet sich.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12. Januar 2011 / Feststellung der  
öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kümmel stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung fest.

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

**Zur Tagesordnung** merkt Herr Kümmel an, dass der TOP 8 „Luftschiffhafen“ der nichtöffentlichen Sitzung vorgezogen werden sollte, da Frau Dr. Magdowski noch einen Anschlusstermin wahrnehmen müsse.

In der öffentlichen Sitzung wird auf Grund der vorliegenden Anträge auf Rederecht darum gebeten, dass die TOP 3.9 „Jugendförderung – Haushalt 2011“ und 4.2 „Sicherung des Autonomen Frauenzentrums“ ebenfalls vorgezogen werden.

Zum TOP 4.1 „Straßenausbaubeitragssatzung“ fragt Herr Kümmel den Antragsteller, ob dieser vor der Behandlung im Ausschuss für Finanzen im Fachausschuss beraten werden sollte.

Durch den Antragsteller wird dies bestätigt.

Die Behandlung des Antrages wird zurückgestellt.

**Herr Kümmel stellt die Tagesordnung unter Berücksichtigung der o. g. Anmerkungen zur Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**Herr Kümmel stellt die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.01.2011 zur Abstimmung:**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam**

Herr Exner informiert kurz zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam.

In seinen Ausführungen geht Herr Exner insbesondere auf das Schreiben des Ministeriums des Innern vom 4. Februar 2011 „Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2011“ (s. Anlage) ein.

**zu 3.1 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"**  
**Vorlage: 10/SVV/0920**

Wie Herr Kümmel ausführt, werde man über die Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger in der Sitzung des **Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011** abstimmen.

Herr Exner informiert unter diesem Tagesordnungspunkt zum Ergebnis der Prüfung der vorgenommenen Manipulation.

Herr Kümmel fragt nach, ob die Stadt gedenkt, Strafanzeige zu erstatten. Herr Exner merkt dazu an, dass von Seiten der Stadt kein Strafantrag gestellt werde, den Geschädigten dieses aber freigestellt ist.

Siehe Anlage:  
Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

**Abstimmungsergebnis:**  
Die Drucksache 10/SVV70920 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.2 Haushaltsbegleitender Beschluss 2010 (H 3) - Weitere Optimierung des Schuldenmanagements**  
**Vorlage: 11/SVV/0024**

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:  
Sachstandsbericht zur weiteren Optimierung des Schuldenmanagements

**Abstimmungsergebnis:**  
Die Drucksache wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**zu 3.3 Haushaltskonsolidierung fortsetzen**  
**Vorlage: 10/SVV/0982**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt Potsdam stärker voranzutreiben. Hierzu wird der Oberbürgermeister aufgefordert, die über die mittelfristige Finanzplanung hinausgehenden Mehreinnahmen ausschließlich zur Reduzierung der

Nettokreditaufnahme zu verwenden und bereits im Haushaltsplanentwurf 2011 zur Reduzierung des Fehlbetrages einzusetzen. Die mittelfristige Ergebnisplanung ist so anzusetzen, dass die Landeshauptstadt Potsdam zu einem früheren Zeitpunkt als bisher geplant einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/0982 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.4 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014**

**Vorlage: 11/SVV/0037**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2011.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 11/SVV/0037 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011**

**Vorlage: 11/SVV/0025**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 11/SVV/0025 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.6      Kostenloses Schulesen**  
**Vorlage: 10/SVV/0778**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Haushaltsentwurf 2011 die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um der neuen Auslegung der Härtefallregelung zum Schulesen gerecht werden zu können.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/0778 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.7      Essensversorgung**  
**Vorlage: 10/SVV/0829**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2011 einen haushaltsbegleitenden Beschluss in die StVV einzubringen, der beinhaltet, dass die LHP für Kinder von Potsdamer Eltern, die Sozialleistungen empfangen und nach eigener Einschätzung den Eigenanteil von einem Euro nicht aufbringen können (sog. Härtefälle), ab 2011 die vollständige Übernahme der Kosten für die Essensversorgung (Frühstück, Mittagessen, Vesper) in Potsdamer Kindertagesstätten (für Kinder im Alter von 0-6 Jahren) und für das Mittagessen in Potsdamer Schulen (Klassenstufe 1-10) übernimmt.

Antragsberechtigt sind die Empfänger folgender Leistungen:

- Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches Sozialhilfe) oder nach § 27 a oder 27 d des Bundesversorgungsgesetzes
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches)
- Sozialgeld oder Arbeitslosengeld II einschließlich Leistungen nach § 22 des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches ohne Zuschläge nach § 24 SGB II
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz

Neben den finanziellen Auswirkungen ist mit dem Beschluss auch das Verfahren der verwaltungstechnischen Umsetzung in Abstimmung mit der PAGA darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/0829 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.8 Ermäßigtes bzw. kostenfreies Schulessen für die sogenannte "Werkstufe" der Schulen mit sonderpädagogischen Förderschwerpunkt  
Vorlage: 10/SVV/0863**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Regelungen zum Bezug zuzahlungsfreien Schulessens auch auf Schülerinnen und Schüler der so genannten Werkstufe der Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ auszudehnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/0863 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.9 Jugendförderung - Haushalt 2011  
Vorlage: 11/SVV/0027**

Herr Kümmel begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Otto, Vertreter des Jugendhilfeausschusses, und erteilt das Rederecht.

Herr Otto geht in seinen Ausführungen auf die indem vorliegenden Antrag aufgeführten 4 Punkte ein und erläutert , warum diese beschlossen werden sollten.

Herr Otto bezieht sich während seiner Ausführungen auf die vorliegende Studie in der u. a. Qualitätsparameter dargestellt sind.

Diese Studie kann gemäß Information durch Herrn Schweers im Internet nachgelesen werden.

In der sich anschließenden Diskussion bittet Herr Dr. Stark darum, dass das Feld „Finanzielle Auswirkungen“ ausgefüllt wird. Ohne die Darstellung dieser, wird die Beurteilung durch den Fachausschuss erschwert.

Herr Kaminski spricht den Punkt 4 des vorliegenden Antrages an. In diesem wurden die finanziellen Auswirkungen im Gegensatz zu den anderen 3 Punkten dargestellt.

Es folgt eine kurze Mitteilung der ca. Zahlen, welche bis zur Stadtverordnetenversammlung nachgereicht werden sollten.

In Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung bittet Herr Kaminski um Beachtung, dass es sich hierbei um einen Antrag eines Fachausschusses handelt.

Frau Knoblich hinterfragt zum Punkt 2, ob es sich bei diesem Projekt um ein teilgefördertes Projekt handelt. Das wird von Herrn Schweers bestätigt.



Angesprochen wird weiterhin die Thematik „Qualitätssicherung“.

Herr Exner führt dazu aus, dass es sich bei dem Punkt 4 des Antrages um ein sogenanntes freiwilliges Zuschusspaket handelt. Herr Exner führt aus, dass bei Festlegung von anderen Standards durch das Land, dieses auch in die Pflicht zu nehmen sei.

Einige Ausschussmitglieder schlagen vor, diesen Antrag nochmals in ihren Fraktionen in Vorbereitung der Entscheidung zur Beschlussfassung zu beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2011 und in die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 sind die finanziellen Mittel für die Realisierung folgender fachlicher Aufgabenstellungen aufzunehmen:

1. Förderung des Projektes „Zeltplatz - offene Jugendarbeit am Zirkuszelt im Volkspark“ durch Einrichtung und Förderung einer Personalstelle sowie der entsprechenden Betriebs- und Sachkosten und Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung bis 2014.
2. Verstetigung des Projektes „Mädchenzukunft - selbstbestimmte Wege zwischen den Kulturen“ durch die Bereitstellung der erforderlichen Personal-, Sach- und Betriebskosten für 2011 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014.
3. Gewährleistung der einheitlichen Eingruppierung aller Sozialarbeiter mit Aufgaben gemäß § 11 bis 14 SGB VIII analog der Besoldung der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Kinder- und Jugendklubs der Stadt nach S11 TVÖD.
4. Umsetzung der durch den Jugendhilfeausschuss 2009 bestätigten Qualitätsparameter für die Arbeit in Kindertagesstätten in der ersten Stufe, das heißt Finanzierung der Eingewöhnung, der Fortbildung und der Leitungsfreistellung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 11/SVV70027 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

#### **zu 3.10 Personalausstattung prüfen Vorlage: 10/SVV/0932**

Herr Kümmel schlägt dem Antragsteller vor, diesen Antrag in einen haushaltsbegleitenden Beschluss umzuwandeln.

Herr Kaminski bezieht sich auf die letzte Sitzung des Kulturausschusses. In dieser wurde der dringende Bedarf festgestellt. Eine Berücksichtigung im Haushalt müsse erfolgen, um die Weiterführung von Projekten nicht zu gefährden.

Die Abstimmung zum vorliegenden Antrag erfolgt in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Geschäftsbereich 2 insbesondere im Fachbereich Kultur zu überprüfen und zu bewerten, in welcher Weise sich Personalausstattung und qualitative bzw. quantitative Aufgabenstellungen in Übereinstimmung befinden.

Darüber hinaus sind die Stellenbewertungen auch in diesem Zusammenhang im Vergleich zu anderen Fachbereichen zu betrachten und gegebenenfalls Veränderungen vorzunehmen.

Die Ergebnisse dazu sind der Stadtverordnetenversammlung im April 2011 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/0932 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.11 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011**

**Vorlage: 11/SVV/0034**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 11/SVV70034 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 3.12 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012**

**Vorlage: 11/SVV/0026**

Die Drucksache wird in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die mit dem Haushaltsplan 2011 zugleich für das Haushaltsjahr 2012 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2012 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).

2. Die mit dem Haushaltsplan 2011 zugleich für das Haushaltsjahr 2012 bis

2014 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2012.

3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
4. Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.
5. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z. B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
6. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 11/SVV/0034 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Straßenausbaubeitragssatzung  
Vorlage: 10/SVV/0721**

Die Drucksache wird **zurückgestellt**. (s. TOP 2)

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Beschluss zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam (DS 06/SVV/0260) mit folgenden Änderungen vorzubereiten und der StVV im November zur Beschlussfassung vorzulegen:

§ 10, Abs. 1

Die Beitragspflichtigen (**§ 8**), **mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Eigenbetriebe oder Eigengesellschaften**, sind rechtzeitig vor Beginn einer Ausbaumaßnahme über die Art und deren Umfang sowie über die Höhe der zu erwartenden Kosten und die für das Grundstück voraussichtlich anfallenden Beiträge sowie mit dem Hinweis auf die Möglichkeit nach § 10 Abs.2 schriftlich zu informieren. Dabei ist ihnen Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen und Einwände zu äußern oder Vorschläge einzubringen. Die Beitragspflichtigen sind berechtigt, hierzu die Planungsunterlagen einzusehen.

§ 10, Abs. 2

Wenn eine Mehrheit der **nach Abs. 1 zu Beteiligten** innerhalb eines Monats nach Zugang der Mitteilung der Ausbaumaßnahme schriftlich widerspricht, ist die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

§ 10, Abs. 3

Über das Ergebnis der Vorplanung werden die betroffenen Beitragspflichtigen in einer Informationsveranstaltung umfassend informiert. Dazu zählen die Aussagen zum geschätzten Beitragssatz (€/m<sup>2</sup>) und zum Termin der Beitragserhebung. Ggf. sind mehrere Folgeveranstaltungen notwendig. Alle Veranstaltungen sind zu protokollieren. In den neuen Ortsteilen ist die Beteiligung der Ortsbeiräte vorgesehen.

§ 10, Abs. 4

Zur Ermittlung und Darstellung des Ergebnisses der mehrheitlichen Zustimmung oder Ablehnung ist die Straße als Gesamtheit zu betrachten. Die Anschreiben sind mit Empfangsbestätigung zu versenden und bürgerfreundlich zu gestalten. Sie sollen neben dem Hinweis auf die Möglichkeit für Anregungen und Einwendungen eine klare Votenabfrage enthalten sowie den Hinweis, dass Nichtbeantwortung als Stimmenthaltung gewertet wird. Ebenfalls ist der Hinweis auf § 10 zu geben. Die städtische Grundstücke sind in diesem Stadium der Ermittlung zur evtl. Vorlage an die StVV neutral auszuweisen.

**zu 4.2      Sicherung des Autonomen Frauenzentrums**  
**Vorlage: 10/SVV/1029**

Herr Kümmel begrüßt die Vertreterinnen des Frauenzentrums und erteilt Frau Prof. Liebs das Rederecht.

Frau Liebs informiert zum Sachstand.

Die Drucksache wird abschließend in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23.03.2011 behandelt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Liegenschaft Zeppelinstraße 189 verbleibt zur Sicherung des Beratungs- und Veranstaltungsangebotes des Autonomen Frauenzentrums im kommunalen Eigentum.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sofort alle Aktivitäten zur Veräußerung des Objektes abzubrechen und die Kündigung des Mietvertrages gegenüber dem Autonomen Frauenzentrum e.V. zurückzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/1029 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 4.3 Entwässerungsanlagen Lendelallee**  
**Vorlage: 10/SVV/1057**

Herr Schüler bringt den Antrag ein und informiert zur Sachlage.

In der Diskussion wird u. a. die Summe, um die es im Antrag geht, erfragt. Herr Schüler spricht von 20.000 – 25.000 Euro.  
Angesprochen wird auch die Frage sog. „Altfälle“ sowie die Situation zum Zeitpunkt der Änderung der Satzung.

Vorgeschlagen wird, dass man die Diskussion im Fachausschuss abwartet.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam erlässt den Anliegern der Lendelallee, die bereits vor 2006 einen Antrag auf Anschluss an die öffentlichen Entwässerungsanlagen gestellt haben, die Gebühren für die Herstellung der Hausanschlüsse.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Drucksache 10/SVV/1057 wird **zurückgestellt**.

**Wiedervorlage:** Ausschuss für Finanzen am 23.03.2011

**zu 4.4 Gaslichtimitierende LED-Beleuchtung**  
**Vorlage: 11/SVV/0031**

Herr Kümmel bringt die Drucksache ein.

Angesprochen wird die Frage der Einsparung von Energie.

Herr Kümmel stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Holländischen Viertel eine Bemusterung mit gaslichtimitierenden LED-Leuchten durchzuführen. Dazu sollen alle Straßenlaternen eines Straßenabschnittes auf LED-Leuchten umgestellt werden. Die Bemusterung soll im Jahr 2011 umgesetzt werden.

Das Ergebnis der Bemusterung ist der Stadtverordnetenversammlung in Form einer Kosten- Nutzenanalyse im 1. Quartal 2012 vorzustellen. Gleichzeitig sollen mögliche Standorte für diese Beleuchtung vorgestellt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	1

**zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

Keine Mitteilungen

**zu 6      Sonstiges**

Angesprochen wird die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 23. März 2011.

In dieser Sitzung erfolgt neben der Behandlung der zurückgestellten Vorlagen die Haushaltsdiskussion.

**Aus diesem Grund findet die Sitzung ab 17.00 Uhr im Plenarsaal statt.**